Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur Kurt Goldmann. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 25.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Bei der Post monatlich und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.10 Mk., monatlich 4.70 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 300 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 197 — Donnerstag, den 26. August 1920 — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Der Reichspräsident Ebert erläßt einen Aufruf an das deutsche Volk wegen der Waffenablieferung.

*

Außenminister Dr. Simons machte ausländischen Berichterstattern gegenüber aufsehenerregende Aeußerungen.

*

Die Lage in Oberschlesien ist noch nicht gebessert.

*

Oberschlesien erwartet von der Reichsregierung die Gewährung der Autonomie.

*

Die russisch-polnischen Verhandlungen in Minsk sind als gescheitert zu betrachten. Polen schlägt neue Verhandlungen in Warschau vor.

*

Kamenew und Krassin, die Vertreter Sowjetrußlands in London sollen ihre Pässe behufs Abreise verlangt haben.

Sensationelle Aeußerungen Dr. Simons.

Der Außenminister Dr. Simons bekannte sich im weiteren Verlaufe seiner Unterredung mit dem Auslandsredakteur der Basler Nationalzeitung als entschiedenen Föderalisten. Er verurteilt den Berliner Zentralismus und will für Oberschlesien und die Rheinlande die Loslösung von der Berliner Zentralgewalt. Für Oberschlesien schwebt ihm eine neue und kühne Form vor, die Polen und Deutsche gemeinsam zum Regieren bringen würde. Früher oder später hält er eine lose politische Verbindung Oesterreichs bei weitestgehender Selbständigkeit für die ehemals österreichischen Gebiete für unausbleiblich. Diese politische Annäherung an Deutschland würde ergänzt werden durch eine wirtschaftliche. In einer Verbindung der Donaustaaten auf die Unpopularität seiner föderalistischen Gesinnung hingewiesen, sagte Simons, er werde diesen Standpunkt auch vertreten, wenn er ihm sein Amt kosten würde. Ueber die inneren Verhältnisse Deutschlands befragt, sagte Simons: Ein Ruck nach rechts würde wahrscheinlich das Zentrum zur Schwankung veranlassen und die Deutsche Volkspartei sprengen, aber er wäre vermutlich zugleich der Bürgerkrieg, ein Ruck nach links würde zur Wiederaufnahme der Mehrheitssozialisten in das Kabinett führen, deren Kontrolle ihm unerläßlich erscheint. Erzbergers Rolle sei noch nicht beendet. Stinnes befürchte die Sozialisierung der Bergwerke. Er betreibe seine wirtschaftlichen Unternehmungen, besonders in der Presse, nicht um des Ertrages willen, sondern um an der Macht zu bleiben und sich zu behaupten. Ueber die Parteien sprechend, sagte Simons, in den Kommissionssitzungen zeigt sich viel Vernunft, doch wenn die Sache vor den Reichstag komme, siege die Demagogie. Es fehle den Parteien, und zwar nicht nur den Linksradikalen, an Gefühl für Verantwortung.

Eine amtliche Aeußerung hierzu.

In den Kreisen des Auswärtigen Amtes hat man mit Erstaunen das angebliche Interview des Außenministers Dr. Simons mit einem Vertreter des italienischen Blattes Tempo gelesen. Eine amtliche Mitteilung darüber, ob diese Unterredung tatsächlich stattgefunden hat und ob sie richtig wiedergegeben ist, kann zur Stunde noch nicht gegeben werden, da der Minister erst heute im Laufe des Tages spätestens aber morgen früh, von seiner Urlaubsreise zurückerwartet wird. Man sieht aber im Auswärtigen Amt auf dem auch schon von der deutschen Presse betonten Standpunkt, daß die Meldung des Tempo mit allem Vorbehalt aufzunehmen ist. Man glaubt, daß zumindestens ein Mißverständnis des Journalisten vorliegen muß, und man wird das Interview dem Minister sofort nach seiner Rückkehr zur Stellungnahme unterbreiten.

Weltstreik für Sowjetrußland?

Entsprechend den Beschlüssen der internationalen Gewerkschaftskongresse von Bern und Amsterdam erläßt jetzt der Internationale Gewerkschaftsbund einen Aufruf an die Arbeiter aller Länder im Interesse der Erhaltung und Wiederherstellung des Friedens zwischen allen Völkern, alle Truppen- und Munitionstransporte anzuhalten und ihre Weiterbeförderung zu hintertreiben. Nicht ein einziger Zug mit Munition dürfe verkehren, nicht ein einziges Schiff mit Kriegsmaterial den Hafen verlassen, nicht ein einziger Soldat solle weiterbefördert werden. Die Arbeiterschaft der Welt müsse die reaktionäre heilige Allianz des Kapitalismus zertrümmern, und die Proletarier aller Länder seien stark genug, diese Aktion durchzuführen und zu gewinnen. Der Aufruf kommt in einem neuen Moment höchster krisenhafter Spannung. Die Niederlage Sowjetrußlands scheint von weitestragenden internationalen Folgen werden zu sollen, und der Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes wirkt wie die Antwort auf das Kommuniqués über das Ergebnis der soeben zwischen Lloyd George und Giolitti in Luzern abgehaltenen Besprechungen. Trotzdem wird man die Folgen für die nächste Zeit nicht überschätzen dürfen. Aus Frankreich wird gemeldet, daß die Munitionsfabriken mit Hochdruck arbeiten, um den Bedarf für den Winterfeldzug in Rußland zu sichern. Die französischen Arbeiter sind bisher über eine rätselhafte Passivität nirgends herausgekommen, und es bleibt abzuwarten, ob die englischen Arbeiterorganisationen sich als stärker erweisen. In ihrer Mehrheit sind sie in Frankreich wie in England wohl für eine restlose Durchführung des Aufrufes nicht radikal genug orientiert. Man muß aber dabei immer bedenken, daß der Aufruf, wie gesagt, in einem sehr bedeutsamen Moment ergeht. Die russische Niederlage und eine etwa hervortretende schärfere Tonart der Entente Sowjetrußland gegenüber könnte doch eine nicht unerhebliche Zuspitzung der Situation herbeiführen. Es wäre anders, wenn der Aufruf in den Tagen der sowjetrussischen Siege gekommen wäre. Wie er gemeint ist, das geht jedenfalls aus ihm mit aller Deutlichkeit hervor. Ausdrücklich wird gesagt, daß die Internationale Gewerkschaftsorganisation im Jahre 1914 noch zu schwach gewesen wäre, um sich dem Kriege zu widersetzen. Heute aber sei sie eine starke Macht von 27 Millionen Mitgliedern, stark vor allem, weil sie heute von einem viel entschiedeneren antikapitalistischen und antimilitaristischen Geist beseelt sei. Die Losung: Krieg dem Kriege! die hier ausgegeben wird, ist jedenfalls ein nicht unwichtiges Symptom für die Heftigkeit des allgemeinen großen Umwandlungsprozesses, in den die heutige Welt durch den Krieg und seine Folgen gestürzt wurde, und gerade Lloyd George dürfte der Letzte sein, um die Bedeutung dieses Symtoms zu verkennen.

Der russisch-polnische Krieg.

Der Erfolg der polnischen Offensive.

Aus Warschau wird berichtet: Das polnische Hauptquartier wurde nach Warschau zurückverlegt. Im polnischen Aufmarschgebiet im Raume zwischen Niemen und Weichsel ist der Kriegsgefahrenzustand aufgehoben worden. Der polnische Generalstab meldet, daß im Verlauf der bisherigen Offensive 60 000 Russen gefangen, 350 Geschütze und über 1000 Maschinengewehre erbeutet wurden.

Eine russische Offensive bei Brest-Litowsk?

Ein Funkentelegramm aus Warschau vom 23. d. M. 10½ Uhr abends, meldet, daß in der Gegend von Brest-Litowsk heftige Kämpfe mit dem Feinde sich abspielten, der die Offensive ergriffen habe. Auch im Gebiete der Grube Schow-Luow seien schwere Kämpfe im Gange.

Alle Arbeiter an die Front.

Die Londoner Blätter bringen Funksprüche aus Moskau, wonach die russische Regierung die Schließung einer großen Zahl nichtkriegswichtiger Betriebe und Fabriken in Petersburg und Moskau angeordnet hat, um alle Arbeiter in die Armee einzustellen. An alle Bürger bis zum 40. Lebensjahr seien in den letzten Tagen Einberufungsbefehle ergangen.

Eine russische Stimme über die Lage.

Die Iswestija schreibt: Der Vormarsch auf Warschau wurde von uns vorläufig aufgegeben. Die Linie Lekow—Rudzimin wurde geräumt. Die nördliche Linie wird gehalten. Gleichzeitig gehen die Minsker Verhandlungen nur sehr langsam weiter. Dies alles beweist, daß wir unsere Kräfte und unsere Aufmerksamkeit nicht genügend gesammelt haben und daß wir unsere Tatkraft neuerdings anstrengen müssen, um den polnischen Adler zu schlagen. Dessen Vormarsch muß zum Stillstand gebracht werden, sonst gehen die Errungenschaften unserer Kämpfe zugrunde. Wir müssen sogleich daran arbeiten, denn unsere politische Lage zum Imperialismus der Entente hängt davon ab. Wir werden deshalb unsere Kräfte nicht schonen und neue Erfolge erringen. Noch wichtiger ist die südrussische Front, da durch den Vormarsch Wrangels unsere wirtschaftliche Lage, wenn auch nur zeitweilig, verschlechtert werden könnte.

50 000 Russen auf deutschem Gebiet.

Die Zahl der Russen, die auf deutsches Gebiet übergetreten sind, wurde nach amtlichen Feststellungen gestern mittag auf 50 000 geschätzt. Die Uebertritte und Entwaffnungen der Russen haben sich bisher in Ruhe und Ordnung vollzogen. Die polnischen Truppen haben sich vorläufig loyal benommen.

Das Ende der Verhandlungen von Minsk.

Nach einer Meldung der Daily Mail aus Minsk ist die polnische Antwort auf die russischen Vorschläge am Montag überreicht worden. Von 15 Punkten haben die Polen nur einen angenommen, den der Demobilisation, falls Rußland gleichfalls demobilisiert.

Wie Berlinske Tidende aus Warschau telegraphiert wird, verlautet von kompetenter Seite, daß die polnische Regierung gestern eine neue Note von der Sowjetregierung erhalten hat, welche von Tschitscherin unterzeichnet ist. In dieser Note lehnt die Sowjetregierung jede Verantwortung für die ungenügende drahtlose Verbindung zwischen Minsk und Warschau ab, die ausschließlich darauf zurückzuführen sei, daß die Funkstation in Warschau zu schwach sei. Im übrigen enthält die Note keine positiven Mitteilungen.

Statt Minsk Warschau Verhandlungsort?

Der Berichterstatter der Morning Post in Warschau meldet: Der polnische Minister des Aeußeren, Fürst Sapieha, hat durch Funktelegramm der Sowjetregierung vorgeschlagen mit Rücksicht auf die schlechten Verbindungen zwischen Minsk und Warschau die Friedenskonferenz nach Warschau zu verlegen. Demselben Korrespondenten zufolge ist man in Warschau der Ansicht, daß der polnische Vormarsch außer im Süden, wo die russische Reiterei noch auf ostgalizischem Boden steht, beendigt sein dürfte.

Frankreich drängt zum Frieden!

Die Frankf. Zeitung meldet aus Genf: Wenn die letzten offiziösen Versicherungen der französischen Presse zutreffen, so macht sich der Einfluß der Pariser Regierung auf die polnische Regierung in dem Sinne eines schnellen Friedensschlusses geltend. Man beobachtet, so schreibt der Pariser Berichterstatter des Lyoner Progres, daß Polen und Rußland sich gegenseitig verdächtigen die Friedensverhandlungen hinzuschleppen. Das gehöre zum diplomatischen Handwerk, aber die militärische Lage sei keineswegs so zuversichtlich, wie sie nach den polnischen Kriegsberichten erscheinen könnte. Man halte es deshalb im Interesse Polens selbst für richtig, den günstigen Augenblick zum Friedensschluß nicht zu verpassen.

•

Bolschewistische Selbsterkenntnis.

In der Iswestija schreibt Volkskommissar Manuilski: Wir haben bis heute als reiche Erben von dem gelebt, was das kapitalistische System uns zurückgelassen hatte. Wir pflegten in Wagen zu reisen, die vor dem Kriege hergestellt worden waren, oder in Automobilen die sich in den Depots an der Front vorgefunden haben. Wir bekleideten uns mit den Stoffen aus den reichen Lagern der Intendantur. Wir haben wie die Vögel des Evangeliums, die nicht säen und nicht ernten und für die dennoch gesorgt ist, gelebt. Inzwischen haben wir uns dem Rande des Abgrundes genähert, der unser Verderben birgt. Wenn wir weiter leben wollen, so müssen wir auch arbeiten. Das ist aber tatsächlich unmöglich angesichts des Widerstandes, den die gesamte Bevölkerung unseren Annäherungsversuchen entgegensetzt. Wir sind allein und jedermann haßt uns. Wohin soll das führen?

Abreise Kamenews und Krassins aus London!

Kamenew und Krassin haben in London ihre Pässe verlangt und sollen beabsichtigen, England am Freitag zu verlassen.

Die Lage in Oberschlesien.

Eine offiziöse Darstellung.

Ueber die Lage in Oberschlesien wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die Entwaffnung in den Bezirken, die die Franzosen besetzt halten, bisher noch keine Fortschritte gemacht habe. In den Kreisen, in denen die Italiener für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verantwortlich sind, wird die Entwaffnung dagegen energisch durchgeführt. In Kreuzburg und Rosenberg haben die Italiener den Sicherheitspolizeibeamten die Bewaffnung mit Karabinern erlaubt. Im Notfalle stehen ihnen auch Maschinengewehre zur Verfügung. Es bestätigt sich, daß 1000 Polen auf Ratibor marschieren. Man glaubt aber nicht, daß die Stadt gefährdet ist, da sie von Italienern besetzt ist und da sich in ihr vor allem deutsche und tschechische polenfeindliche Elemente befinden. Die Bahnhöfe der Linie Kattowitz—Myslowitz sind von den Franzosen besetzt. Es sind Bekanntmachungen angeschlagen, die von der Ententekommission unterzeichnet sind, wonach Störungen des Eisenbahnbetriebes mit den schärfsten Strafen belegt werden. Eine Meldung aus Rybnik bestätigt, daß der bekannte Generaldirektor Radnik mit seiner Gattin verwundet worden ist. Stadt und Industriebezirk Roßlau sind von Italienern befreit worden. Nach einer Meldung aus Breslau sollen die polnischen Arbeiter Oberschlesiens den Streik abgebrochen haben. Die Umstellung der Kattowitzer Sicherheitspolizei in eine Abstimmungspolizei ist sofort vorgenommen worden.

Drohung mit einem deutschen Generalstreik.

Die Schles. Ztg. meldet: Angesichts des nach wie vor tatenlosen Verhaltens der Franzosen haben die deutschen Partei- und Gewerkschaftsführer am Dienstag nachmittag einhalb 4 Uhr in einer Besprechung bei General Lerond mit aller Schärfe gefordert, daß die interalliierte Kommission jetzt endgültig durchgreife. Das Verhalten der Franzosen wurde in schärfster Weise kritisiert. Sollte bis Donnerstag nachmittag einhalb 4 Uhr keine Aenderung eintreten, dann soll von deutscher Seite der Generalstreik mit aller Schärfe durchgeführt werden. Der polnische Generalstreik kann nach der Schles. Ztg. als völlig zusammengebrochen bezeichnet werden.

Eine Erklärung des Verbandes.

Reuter meldet zu den Vorgängen in Oberschlesien und zu den darüber geführten Besprechungen der Alliierten: Die Entente ist an der staatsrechtlichen Zuteilung Oberschlesiens interessiert. Sie hat aber den jetzigen Besitzstand bis zur Abstimmung aufrechtzuerhalten. Daraus ergeben sich die erlassenen Anordnungen an den Militärbefehlshaber und an die alliierte Kommission. Nach den Meldungen der letzten drei Tage hat sich die Lage in Oberschlesien gebessert. (?) Die Entwaffnung der Zivilbevölkerung soll bis zum 31. August durchgeführt sein.

Gewaltiger Kohlenausfall infolge der Unruhen.

Die Staatskorrespondenz in Wien meldet: Die ungeklärten Verhältnisse im oberschlesischen Kohlenbezirk machen es nicht unwahrscheinlich, daß bereits in allernächster Zeit eine weitgehende Einschränkung des Personenzugverkehrs erforderlich sein wird.

Wie aus Berlin mitgeteilt wird, sind die Kohlenlieferungen auf Grund des Abkommens von Spa an die Entente bis jetzt programmäßig und in den vereinbarten Mengen und Qualitäten erfolgt. Indessen haben die Ereignisse in Oberschlesien in verschiedenen Beziehungen störend in die Dispositionen des Reichskohlenkommissars eingegriffen. So war es in den letzten Tagen auch nicht möglich, die aus Oberschlesien für Italien bestimmten Spa-Lieferungen herauszubringen.

Polnische Getreideaufkäufer am Werk.

Nach Meldungen aus Schlesien reisen dort und in anderen Teilen Deutschlands polnische Aufkäufer umher mit dem Auf-

SLUB Wir führen Wissen.

trage, deutsches Getreide für Polen zu kaufen. Die Aufkäufer unterhalten Zentralen, die in Breslau, Königsberg und anderen Städten errichtet worden sind. Es wird vor diesen Aufkäufern auf das dringendste gewarnt.

Ein neuer französischer Schwindel.

Wie man aus Paris vernimmt, soll sich die oberschlesische Frage zu einem internationalen Konflikt auswachsen, da Frankreich der Auffassung zuneigt, daß die Unruhen deutscherseits im Einverständnis mit Rußland provoziert seien. (?) Obwohl von der Entente angenommen wird, daß reguläre Truppen nicht in Oberschlesien einmarschiert sind, sondern polnische Truppen ohne Auftrag gehandelt haben, so hält man doch die Notwendigkeit für geboten, die Volksabstimmung in Oberschlesien weiter zu verschieben, da die Deutschen die Bevölkerung gegen die Polen und auch gegen Frankreich verhetzt hätten. Von französischer Seite wird nun behauptet, daß hinter den oberschlesischen Unruhen deutsche nationale Pläne versteckt seien, um der in Deutschland stark fühlbaren Gärung zu einem gewalttätigen Widerstand gegen die Ausführung des Friedensvertrages zu verhelfen. Daran arbeiteten Personen hinter der Regierung im Verein mit der Presse unentwegt weiter. Die französische Regierung sei nun entschlossen, die Frage mit den Verbündeten zu besprechen und schärfere Mittel anzuwenden, um den Nationalismus in Deutschland zu unterdrücken. (!)

Zum Schutz der deutschen Interessen im Saargebiet.

Innerhalb der internationalen Kommission zur Abgrenzung des Saargebietes war es vor einiger Zeit zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem deutschen Vertreter und den übrigen Mitgliedern gekommen, da die Kommission die als Grenze des Saargebietes bestimmten Verwaltungsgrenzen abändern wollte. Die Friedenskonferenz hat in einer Ende Juli eingegangenen Note ausgeführt, daß die Grenzen von Verwaltungsbezirken unmöglich ohne weiteres zu Landesgrenzen umgewandelt werden könnten. Die Rücksichtnahme auf die örtlichen wirtschaftlichen Interessen machten geringfügige Aenderungen erforderlich, die durch den Friedensvertrag keineswegs verboten seien. In der deutschen Antwortnote wird dargelegt, daß im Artikel 48 des Friedensvertrages die Berücksichtigung örtlicher Wirtschaftsinteressen nur für solche Teile der Grenzen zugelassen sei, die als eine im Gelände festzulegende Linie bezeichnet seien. Hieraus und aus einem Vergleiche mit anderen Bestimmungen des Vertrages folge, daß eine Aenderung der durch Verwaltungsgrenzen gebildeten Grenzabschnitte unzulässig sei. Im übrigen wünsche gerade an der Stelle, wo die Grenzkommission eine Grenzänderung vornehmen wolle, die beteiligte Bevölkerung selbst die Aenderung nicht. Die gegen den deutschen Kommissar erhobenen Vorwürfe widerspruchsvollen Verhaltens erklärt die deutsche Regierung auch nach erneuter Prüfung für unbegründet. Die deutsche Regierung müsse ihre Rechtsüberzeugung, wonach der Vorschlag der alliierten Mächte die Möglichkeit in sich schließe, deutsches Gebiet über das im Friedensvertrage bestimmte Maß hinaus einer fremden Regierung zu unterstellen, aufrecht erhalten. Sie bitte, die Angelegenheit einer neuen Prüfung zu unterziehen. Sollten die alliierten Mächte sich der Auffassung der deutschen Regierung nicht anschließen, so wäre die zweckmäßigste Lösung darin zu erblicken, die Entscheidung der Streitfrage einem Schiedsgericht zu übertragen. Schließlich erneuert die deutsche Regierung ihren Protest gegen das durch nichts gerechtfertigte und dem Grundsatze der Gleichberechtigung aller Mitglieder einer internationalen Kommission widersprechende Verbot des Uniformtragens für die deutschen Mitglieder der Grenzkommission.

Der Reichspräsident zur Entwaffnung.

Der Reichspräsident hat über die Durchführung des Entwaffnungsgesetzes folgenden Aufruf an das deutsche Volk erlassen:

Das Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung ist in Kraft getreten. Die erforderlichen ersten Ausführungsvorschriften sind mit Zustimmung des Reichstagsbeirates festgesetzt. Geboten ist es jetzt, das deutsche Volk auf die schwere Bedeutung des Gesetzes hinzuweisen. Die Verpflichtungen, die wir durch den Friedensvertrag und die Vereinbarungen von Spa haben übernehmen müssen, verlangen das Entwaffnungsgesetz. Unabsehbar sind die Folgen, wenn die Entwaffnung nicht gelingt. An alle Volksgenossen ergeht die Forderung, die Waffen herauszugeben. Wer sein Vaterland nicht aufs neue in schwere Gefahren wegen Nichterfüllung des Friedensvertrages stürzen will, darf sich der Forderung der Waffenabgabe nicht entziehen. Die Verfolgung der Vorschriften, die zur Durchführung der Waffenabgabe erlassen werden, ist gebieterische Notwendigkeit: die Entwaffnung der Bevölkerung ist für uns Zwang und gleichzeitig Lebensfrage.

Die Waffenabgabe wird gleichmäßig und unparteiisch gegen jeden durchgeführt werden, mag er in seiner politischen Anschauung rechts oder links stehen. Wer säumig ist, wer widerwillig bleibt, den muß die schwere Strafe des uns im Spaabkommen abgeforderten Gesetzes treffen. Wir müssen durch die Tat auch hier den festen Willen zur Erfüllung der übernommenen neuen Pflichten beweisen, sonst drohen uns neue, schwere Belastungen, die unser gesamtes Wirtschaftsleben vernichten würden.

Berlin, 21. August 1920.

Der Reichspräsident, gez. Ebert.
gez. Fehrenbach.

Der Kampf um den Steuerabzug.

Die Lohnkämpfe haben im Zusammenhang mit dem Steuerabzugsverfahren im ganzen Reiche verschärfte Formen angenommen, die teilweise mit Ausschreitungen und Angriffen gegen leitende Persönlichkeiten verbunden waren, weil die Firmen die Uebernahme der Steuern auf ihr Konto verweigerten. Die Behörden haben es meist am notwendigen Schutz fehlen lassen. Verschiedene Betriebe erwägen unter diesen Umständen Stillegung der Betriebe, da ihnen nicht nur die Steuererhebung, sondern auch die Steuerzahlung zugemutet wird, obwohl viele bereits alle Lasten aus dem Versicherungswesen für ihre Arbeiter und Angestellten tragen.

Aus Ludwigshafen wird gemeldet, daß, da sich die Arbeiter der chemischen Fabrik Raschig weigern, bei ihrer Lohnzahlung sich die Steuern abziehen zu lassen die Fabrikleitung eine Bekanntmachung erlassen hat, wonach sie den gesamten Betrieb schließe. Auch die Fabrik Kolle u. Co. in Biebrich und die chemische Fabrik von Albert haben ihren Betrieb wegen Lohndifferenzen geschlossen.

Zur Klärung der Verhältnisse hat die Deutsche Volkspartei an die Reichsregierung die Anfrage gestellt, welche Schritte sie zur Abstellung dieser Zustände unternehmen will. — Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beantragt, bis zu 15000 Mk. Einkommen nur 5 Prozent Steuern in Abzug zu bringen, um die Teuerungsverhältnisse dadurch auszugleichen. Die Regierung ist ersucht worden, eine dementsprechende Vorlage dem Reichstage vorzulegen.

Kleine politische Meldungen.

Gerüchte über eine Unterredung zwischen Lloyd George und Fehrenbach. In der ausländischen Presse wird die Nachricht verbreitet, daß der Reichskanzler Fehrenbach um eine Besprechung mit Lloyd George am 26. d. Mts. in der Schweiz nachgesucht habe. Diese Nachricht ist völlig aus der Luft gegriffen.

Dr. Simons aus der Schweiz zurückgekehrt. Die Deutsche Allgem. Ztg. meldet aus Basel: Der deutsche Außenminister Dr. Simons ist über Bayern nach Berlin zurückgereist. — Die vielumstrittene Begegnung Lloyd Georges und Giolittis hat nicht stattgefunden.

Folgen des Spaer Abkommens. Das Sparer Abkommen zeigt in der Solinger Industrie schon seine Wirkung. Infolge Kohlenmangels mußte das städtische und bergische Elektrizitätswerk die Starkstromabgabe um 50 Prozent einschränken. Es kommt hinzu, daß die Gesenkschmiede und Schlägereibetriebe, die nur mit Koks arbeiten und keine Braunkohlen verwenden können, bereits unter großem Koksmangel leiden, so daß die Stillegung dieser Betriebe, die der Solinger Industrie das Rohmaterial liefern, bevorsteht, wenn nicht bald die Kokszufuhr sich bessert. Die Betriebseinschränkungen der Industrie nehmen noch immer zu. Die Zahl der Beschäftigungslosen ist auf etwa 3000 gestiegen.

Auflösung der braunschweigischen Landes-Sicherheitspolizei. Durch Beschluß des Staatsministeriums ist die Braunschweiger Landessicherheitspolizei aufgelöst worden.

Zusammenstoß eines französischen Offiziers mit einem Hotelportier in Stuttgart. Die Havasagentur ließ sich aus Stuttgart melden, der französische Fliegerleutnant Cousseol, der als Mitglied der französischen Ueberwachungskommission im Hotel Marquardt wohnte, sei ohne jede Ursache vom Portier des Hotels ins Gesicht geschlagen worden. Diese Meldung ist eine Fälschung der Wahrheit. In Wirklichkeit hat sich der Fall folgendermaßen abgespielt: Der Leutnant und seine Frau hatten, als sie für ihren Hund ausnahmsweise kein Futter bekamen, das Hotelpersonal Schweinehunde genannt. Daraufhin verweigerte das Personal die weitere Bedienung und die Ueberwachungskommission veranlaßte den Leutnant und seine Frau, Stuttgart zu verlassen. Bei der Abreise wollte der Leutnant, der sein Zimmer mutwillig beschädigt hatte, einen Teil einer Rechnung nicht bezahlen. Als ihn der Portier darauf aufmerksam machte, versetzte er ihm einen Faustschlag ins Gesicht, dessen Spuren stundenlang zu sehen waren. Selbstverständlich blieb der Gegenschlag nicht aus. Als dann der Leutnant nach seinem Revolver griff, konnte der unbewaffnete Portier sich nur durch die Flucht retten. Der ganze Fall ist typisch für die Verlogenheit der französischen Berichterstattung. Ein französischer Leutnant versetzt einem Deutschen einen Faustschlag ins Gesicht, und wenn sich dann der Deutsche wehrt, so hat er den Franzosen ohne jede Ursache geschlagen.

Die neue Ernährungswirtschaft.

Nach der Rückkehr des Reichsernährungsministers Dr. Hermes aus London ist eine Sitzung sämtlicher Ernährungsminister in Berlin in Aussicht genommen. Bei dieser Zusammenkunft sollen Maßnahmen für den Uebergang zur freien Bewirtschaftung von Fleisch und Kartoffeln, die Versorgung mit Brotgetreide, die Regelung des Vertriebes von Bier und die zukünftige Zuckerbewirtschaftung zur Verhandlung kommen. Außerdem stehen noch Maßnahmen zur Verhütung von Preistreibereien anläßlich der Lockerung der Zwangswirtschaft, die Ausgestaltung der Preisprüfungsstellen, sowie das Eintreten der Landwirtschaft für Innehaltung der Interimspreise auf den freigegebenen Gebieten auf der Tagesordnung.

•

Preisabbau und Zwangswirtschaft.

Im Ministerium des Innern fand eine Pressekonferenz statt, in der sich der Regierungsvertreter über den Preisabbau äußerte. Es kann daraus mitgeteilt werden, daß die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung in der Fleischversorgung augenblicklich noch recht unsicher ist. Sie soll nach der Auffassung des Reichswirtschaftsministeriums aufgehoben werden, wenn man als Reserve der Brotversorgung zwei Millionen Tonnen Brotgetreide sicherstellen kann. Ob das möglich ist, wird von Sachverständigen bezweifelt. Sachsen hat gegen die Aufhebung der Fleischwirtschaft in Berlin Vorstellungen erhoben, da zu befürchten ist, daß nach der Aufhebung die Preise derartig steigen, daß große Teile der sächsischen Bevölkerung, deren Kaufkraft erheblich gesunken ist, das Fleisch überhaupt nicht mehr kaufen können. Wie weiter mitgeteilt wurde, ist der Uebergang zur neuen Ernte noch in keinem Jahre so schwer gewesen wie gegenwärtig, doch ist man der Ansicht, daß die größten Schwierigkeiten jetzt überwunden seien. Neuerdings versuchen die Preisprüfungsstellen im Lande mit Erfolg in gütlichen Verhandlungen einen Preisabbau bei den Erzeugern zu erzielen. Die Landwirte sind meist dazu bereit, jedoch unter der Voraussetzung, daß auch die Gewerbetreibenden, die für die Landwirtschaft arbeiten, die Preise herabsetzen. Auch mit ihnen sind entsprechende Verhandlungen eingeleitet. Das ist alles sehr mühselig, aber es ist augenblicklich der einzige Weg, um wenigstens auf einem wichtigen Gebiete zu niedrigen Preisen zu kommen. — Ferner ist zu erwähnen, daß auf Anregung Sachsens das Reichswirtschaftsministerium verordnet hat, daß alle Häute- und Lederauktionen im ganzen Reich von Vertretern der Preisprüfungsstellen besucht werden und daß jede zurückgehaltene Ware als Preistreiberei zu betrachten und zu verfolgen ist. — Gegenwärtig werden in Sachsen über die Preisbildung im Schneidereibetriebe vom Landespreisamt Erhebungen angestellt.

Von Stadt und Land

Aue, 26. August 1920.

Der Fall Berger

und das Verbot der Orgesch im parlamentarischen Ausschuß.

Am Dienstag mittag trat der von der Volkskammer für die Zeit ihrer Vertagung eingesetzte parlamentarische Ausschuß zu einer Sitzung zusammen, um von der Regierung vor allem Mitteilungen über ihre Maßnahmen im Falle Berger entgegenzunehmen und eine Aussprache darüber herbeizuführen. Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, der für die politische Erörterung des Falles bestellte Regierungsbeauftragte und der Vertreter des Justizministeriums berichteten über die Entwicklung und den Verlauf der Angelegenheit und begründeten die Anordnungen, die die Regierung getroffen hat. In der sich anschließenden eingehenden Aussprache wurde von den Vertretern der Fraktionen anerkannt, daß von vornherein das größte rechtliche und politische Interesse bestand, die Angelegenheit restlos aufzuklären, und daß die Regierung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen alles getan hat, was sie zur Aufklärung des Falles tun konnte. Es bestand auch Einverständnis darüber, daß die wiederholte polizeiliche Festnahme Bergers unter den gegebenen Umständen gerechtfertigt war. Zu der Angelegenheit selbst sachlich Stellung zu nehmen, war dem Ausschuß, bei dem jetzigen Stande der Erörterungen nicht möglich. Es ist nun Sache des eingeleiteten strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens, den Fall weiter klarzustellen.

Der Ausschuß nahm dann noch Mitteilungen des Ministers des Innern über die Gründe entgegen, die zum Verbote der Orgesch geführt haben. Er nahm ferner davon Kenntnis, daß die Regierung fest entschlossen ist, allen verbotswidrigen Organisationen und allen Versuchen, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören — von welcher Seite sie auch ausgehen mögen — mit allen ihr zu Gebote stehenden Machtmitteln nachdrücklich entgegenzutreten.

•

Eine öffentliche Stadtverordnetensitzung findet morgen, Freitag, den 27. August, nachm. einhalb 6 Uhr im Stadtverordnetensitzungssaale statt mit folgender Tagesordnung:

1. Kenntnisnahme.
2. Grundwassergewinnung in Blauenthal.
3. Wasserzuleitung nach dem Eichertgelände.
4. Verlängerung der Hauptwasserleitung im Niederschlemaer Weg.
5. Zuleitung des Wassers aus dem Gottes-Geschick-Stolln in die städtische Wasserleitung.
6. Bewilligung von Vermessungskosten zur Vermessung der Ortsflur und der Flur Niederpfannenstiel.
7. Ortsgesetz über Kleinhausbauten.
8. Umbau des Hauses Schneeberger Straße 120.
9. Bewilligung der Mittel für Begründung einer Freistelle an der Landesschule Dresden.

Hierauf folgt eine nichtöffentliche Sitzung.

Die sächsische Regierung für Herabsetzung des Portos für Ansichtskarten. Der Stellvertreter des sächsischen Ministerpräsidenten hat Vertretungen des Verbandes deutscher Steindruckereibesitzer und der Tarifämter der Druckgewerbe empfangen. Diese haben ihm verschiedene Eingaben zur Kenntnis gebracht, durch die beim Reichspostminister beantragt wird, das Porto für Ansichtspostkarten auf 15 ₰ zu ermäßigen. Der Antrag wird mit den nachteiligen Wirkungen begründet, die die Portoerhöhung infolge des gesunkenen Verbrauches an Ansichtspostkarten für das Druckergewerbe gehabt habe. Die sächsische Regierung hat den Antrag auf Herabsetzung des Portos beim Reichspostminister angelegentlich unterstützt.

Verbilligung der Eisenbahnsätze wird in einer Eingabe des Bayrischen Industriellenverbandes an das Reichsverkehrsminister um nachdrücklichst und mit überzeugenden Gründen befürwortet. Sofortiger energischer Abbau aller Eisenbahntarife wird gefordert, da nur so der Verkehr neu belebt und erhöhte Einnahmen erzielt werden könnten. Die Verbilligung der Frachtraten ist selbstverständlich nicht das einzige Mittel, um den Verkehrsanstalten wieder zur Wirtschaftlichkeit zu verhelfen. Dazu muß vor allem der Verkehr selbst weiter gehoben und auf den denkbar höchsten Stand der Leistungsfähigkeit gebracht werden. Nicht minder notwendig ist die Steigerung der Arbeitsleistungen der Beamten und Angestellten, denen wieder strengstes Pflichtgefühl anerzogen werden muß. Die Eingabe gibt den zuständigen Stellen zu bedenken, daß, wenn sich im Bereiche der Verkehrsanstalten die Dinge weiter so entwickeln wie bisher, der völlige Bankrott des Post- und Eisenbahnwesens unausbleiblich sei.

Keine Erhöhung der Personentarife. Die Eisenbahnverwaltung läßt das Gerücht von einer neuen Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise dementieren; dagegen werde jetzt die lang gehegte Absicht durchgeführt, die Kriegszuschläge in die Güter- und Tiertarife organisch einzuarbeiten und hierdurch zu einer neuen Festsetzung der normalen Beförderungsgebühren zu kommen. Die ständige Tarifkommission der deutschen Eisenbahn hat jetzt in einem Gutachten Vorschläge gemacht. Nach diesen Vorschlägen wird der neue Gütertarif keine allgemeine Erhöhung bedeuten, lediglich einzelne Güter, z. B. Stahl- und Eisenwaren, also meistenteils hochwertige Maschinen, werden tarifarisch den Güterklassen zugewiesen unter die sie von rechtswegen von Anfang an gehörten, wobei selbstverständlich auch Rücksicht auf die besondere Lage der Industrie genommen werden wird. Es ist geplant, die Neuordnung der Gütertarife zum 1. Oktober d. Js. durchzuführen.

Eine Betriebsräteversammlung fand am Dienstagabend im Bürgergarten statt. Beteiligt waren die Betriebsräte vom Bezirke der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg. Die Leitung lag in den Händen des Herrn Zettel, der den Aufbau der Betriebsräteorganisation und den Entwurf der festgestellten Richtlinien erläuterte. Diese sind folgende: Die Gliederung der Organisation beruht auf der Zugehörigkeit der Betriebsräte zu einer Industrie, nicht auf die Zugehörigkeit der einzelnen Betriebsratsmitglieder zu einem bestimmten Beruf. Angestellte und Arbeiter in den Betriebsräten werden dabei in der für sie maßgebenden Industrie in sieben Gruppen zusammengefaßt. Alle Betriebsräte bilden die Industriegruppenversammlung. Die Industriegruppe wählt aus ihrer Mitte einen aus mindestens fünf Mitgliedern bestehenden Industriegruppenrat. Die Vorsitzenden jeder Industriegruppe bilden die Betriebsrätezentrale; dieser gehören außerdem drei Vertreter des Bezirkskartells und zwei Vertreter der Afa an. Die Betriebsrätezentrale bestimmt aus ihrer Mitte wieder einen geschäftsführenden Ausschuß. Die Kosten der Betriebsrätezentrale werden von dem Bezirkskartell und der Afa bestritten. Die allgemeinen Aufgaben im Rahmen der Betriebsräteorganisation umfassen: 1. die Ausnutzung der gesetzlichen Bestimmungen und der rechtlichen Aufgaben und Befugnisse der Betriebsräte; 2. Aufklärung der Betriebsräte im Sinne der sozialistischen Wirtschaft; 3. Unterstützung der Gewerkschaften durch die Betriebsräte in allen Betrieben; 4. planmäßige Erkämpfung von Rechten über den Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen hinaus, insbesondere durch Mitbestimmung bei Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften, durch Mitbestimmung über Art und Umfang der Produktion, durch Mitwirkung bei der Berechnung und Verteilung der Gewinnergebnisse in den Betrieben und durch völlige Einsicht in die Bilanz und Inventar und Bestellung von Beauftragten hierzu. Die Betriebsräteorganisation soll alle Betriebsräte des obengenannten Bezirkes in Gemeinschaft mit den freien Gewerkschaften Arbeiter- und Angestellten-Verbänden, vertreten durch das Bezirkskartell und das Ortskartell der Afa, umfassen. Von besonderem Interesse für die Allgemeinheit dürfte sein, daß nur Betriebsräte wahlberechtigt und wählbar sind die einer freigewerkschaftlichen Organisation oder der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) angehören.

Brotstreckung mit präparierten Haferflocken. Wie verlautet, beabsichtigen die Ernährungsbehörden, im kommenden Wirtschaftsjahr eine planmäßige Streckung des Brotmehles durch Zusatz eines mäßigen Prozentsatzes von präparierten Haferflocken. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß unsere heimische Ernte nicht ausreicht, um die volle Versorgung der Bevölkerung mit Brot aus Weizen und Roggen zu gewährleisten, ist dieser Schritt nur zu begrüßen. Die Heranziehung des Hafers zur Brotstreckung ist besonders insofern zu befürworten, als diese Getreideart in Deutschland in ausreichender Menge erzeugt wird. Backversuche mit Haferflocken haben außerordentlich günstige Resultate ergeben. Infolge des hohen Nährgehaltes der Flocken wird im Gegensatz zu den bisher verwendeten anderen Streckungsmitteln eine Qualitäts- und Geschmacksverbesserung des Brotes erzielt. Die außerordentlich schlechten Resultate, die man mit Haferbackmehl, wie es in den letzten Monaten verwendet worden ist, erzielt hat, sind bei der Verwendung von Haferflocken ausgeschlossen, da es sich bei diesem Fabrikat um ein in Spezialfabriken hergestelltes aufgeschlossenes Nährmittel von hervorragender Güte handelt. Wenn sich der Zusatz von Haferflocken zum Brotmehl verwirklichen läßt, könnte eine riesige Summe Geld dem Reich erspart werden, weil dann entsprechend weniger Weizen aus dem Auslande eingeführt werden müßte. In Fachkreisen wird die Ersparnis auf ungefähr eine Milliarde Mark beziffert.

Weitere Erhöhung der Angestelltenversicherungsgrenze. Nach dem Berl. Lokalanz. verlautet, daß eine neue Erhöhung der Versicherungsgrenze der Angestelltenversicherung über 15 000 ℳ hinaus erwogen wird. Begründet wird dieser Plan mit der Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse.

p.— **Die Empfänger von Militärversorgungsgebührnissen** werden darauf aufmerksam gemacht, daß die nächste Zahlung der Gebühren am 28. August stattfindet. Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist es zur Vermeidung des Andranges sehr erwünscht, daß sich die Hinterbliebenen in der Zeit von 8 bis 10 Uhr vorm., die Kriegsbeschädigten aber in der Zeit von 10 bis 12 Uhr vorm. zur Abholung ihrer Renten an der Zahlstelle — am Postschalter — einfinden. Aus demselben Grunde ist es zweckmäßig, daß am Zahltage der Invaliden-, Kranken- und Altersrenten — das ist der erste Werktag im Monat — die Rentenempfänger mit der Stammkartennummer 1 bis 600 am Vormittag zwischen 8 und 12 Uhr, die Empfänger mit höherer Stammkartennummer am Nachmittag zwischen 2 und 6 Uhr bei der Zahlstelle vorsprechen.

Keine Reichspolizeistunde. Die Deutsche Allgem. Ztg. erklärt zu der Meldung eines Berliner Blattes, daß demnächst eine Regelung der Polizeistunde für das Gesamte Reich erfolgen solle, daß im Reichsministerium des Innern von einer Regelung der Polizeistunde, die sich über das ganze Reich erstrecke, nichts bekannt sei.

Der Reichsbürgerrat für den Selbstschutz. Der Reichsbürgerrat hat folgende Kundgebung an den Reichsminister des Innern gerichtet: Der Reichsbürgerrat bittet die Reichsregierung, dafür Sorge zu tragen, daß die Angelegenheit der Organisation Escherrisch nicht zu parteipolitischen Machenschaften ausgebeutet und das Recht des deutschen Staatsbürgers auf den in heutiger Zeit mehr denn je erforderlichen Selbstschutz, soweit er auf dem Boden des Gesetzes und der Verfassung steht, nicht geschmälert wird.

Der Verband sächsischer Tischlermeister hielt in Zittau unter zahlreicher Teilnahme seine Hauptversammlung ab, die mit einem Begrüßungskommers im Saale des Schützenhauses eingeleitet wurde. Am Sonntag folgte dann die Hauptversammlung des Landeslieferungsverbandes sächsischer Tischlermeister, dem jetzt 65 Ortsgruppen mit 865 Mitgliedern angehören. Gleichzeitig hielt Generalsekretär Bartsch einen Vortrag über den Stand der Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Kriegsgebieten. Die Versammlung nahm schließlich die nachstehende Entschließung an: Der Landeslieferungsverband sächsischer Tischlermeister ersucht das Wiederaufbauministerium, zur Linderung der Arbeitsnot unverzüglich regierungsseitige Aufträge auf Arbeiten des Holzgewerbes für das Wiederaufbaugebiet, sowohl Bauteile als Möbel, herauszugeben und mit der Verteilung der auf Sachsen entfallenden Anteile die sächsische Landesauftragsstelle (Wirtschaftsausschuß für den Staat Sachsen) in Dresden zu betrauen.

* * *

Löbnitz, 26. August.

Wahl des Bürgermeisters Dr. Fabian in Rudolstadt. Bei der in Rudolstadt erfolgten Bürgermeisterwahl, die von den wahlberechtigten Ortseinwohnern erfolgte, erhielt Bürgermeister Dr. Fabian-Löbnitz 3416 Stimmen, Bürgermeister Hertel in Rudolstadt 2318. Bürgermeister Dr. Fabian ist demnach zum Ersten Bürgermeister gewählt. Falls er die Wahl annimmt, würde unsere Stadt ihr bestens bewährtes Oberhaupt verlieren und die Stadt würde seinem Scheiden mit großem Bedauern entgegensehen müssen. Herr Dr. Fabian hat sich die Gunst aller Kreise während der ganzen Zeit seiner Amtierung erworben.

Schwarzenberg, 26. August.

Entlassungsgesuch. Bürgermeister Hoppe hat sein Entlassungsgesuch eingereicht, da er als Oberregierungsrat in das Ministerium des Innern, Wohnungsamt, berufen worden ist.

* * *

Meerane, 25. August. Reger Geschäftsgang in der Textilwarenbranche. Bei hiesigen Firmen sind, besonders von Berliner Geschäften, umfangreiche Aufträge auf stückfarbene glatte Ware eingegangen. Die Preise hierfür sind erheblich gestiegen und noch steigend. Besonders gesucht sind mittelreinwollene Sachen, hauptsächlich Popelines, Serges und [illegible] In bunten Waren, besonders in Schotten und bunten Baumwollwaren, hat das Geschäft vorläufig nur schwach eingesetzt.

Bad Elster, 25. August. Ausbau des Elsterbades. Der bereits gemeldete Besuch der Minister und Volksvertreter in Bad Elster hatte den Zweck, an Ort und Stelle durch Sachverständige untersuchen zu lassen, wie die in Elster vorhandenen Heilmöglichkeiten weiter ausgebaut und der Gesamtheit dienstbar gemacht werden können. Diese Frage wurde während der mehrtägigen Beratungen wiederholt behandelt. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß von einem Aufgeben des Bades keine Rede sein könne. Insbesondere erklärte Wirtschaftsminister Schwarz, daß ein Verkauf des Bades völlig undiskutabel sei; denn dadurch würde das Bad dem Gesamtwohl verloren gehen. Im Gegenteil müßten Mittel und Wege gefunden werden, um auch Minderbemittelten die Teilnahme an den weltberühmten Heilmöglichkeiten Elsters zu verschaffen. Der Abgeordnete Lipinski stimmte den Ausführungen des Ministers im wesentlichen bei und machte bemerkenswerte Vorschläge, um das Bad der arbeitenden Bevölkerung zugänglich zu machen.

Chemnitz, 25. August. Heizungssorgen. — Baukostenzuschüsse. Um die Kosten für das Heizmaterial für die Schulen herabzumindern, wurden vom Stadtrat die Schulämter A und B angewiesen, die Frage der Zusammenlegung der Schulen während des Winters und der Verlegung der Michaelisferien auf die Heizperiode näherzutreten. — Das Reich bewilligte der Stadt Chemnitz drei Millionen Mark Baukostenzuschüsse.

Freiberg, 25. August. Verhaftung. Allgemeines Aufsehen erregt die Verhaftung eines Kommissärs vom Kommunalverband Freiberg-Stadt und Freiberg-Land, Georg Wartner. Mit ihm wurden in Untersuchungshaft genommen sein Geschäftsführer Franz und der Disponent Dietrich. Vergehen gegen die kriegswirtschaftlichen Verordnungen, sowie Preiswucher sollen die Veranlassung zur Einleitung des Strafverfahrens bilden.

Dresden, 25. August. Zwei dreiste Taschendiebinnen wurden von der Kriminalpolizei in einer 18- und einer 21-jährigen Arbeiterin ermittelt und festgenommen. Diese beiden Personen lockten in den späteren Abendstunden ältere Herren aus besseren Kreisen in Wein- und Bierlokale. Bei den Zechgelagen mischten sie Morphium in die Getränke, wodurch ihre Opfer betäubt und dann von ihnen ausgeraubt wurden.

Bautzen, 25. August. Eine schwere Explosion ereignete sich in Hoyerswerda. Beim Lichtanzünden erfolgte plötzlich unter furchtbarem Getöse eine Explosion, wobei Zwischenwände, Dach, Giebel und Türfüllungen auseinanderkrachten. Die Untersuchung hat ergeben, daß ein Untermieter durch Oeffnen des Gasrohres Selbstmord versucht hat.

Vermischtes.

Wieder ein Raubmord im Eisenbahnzug. Aus Halle wird gemeldet: Im Zug zwischen Arnstadt und Neudietendorf ist ein Reisender von einem anderen überfallen und ermordet worden. Der Mörder hat in Neudietendorf den Zug verlassen und ist nach Gotha weiter gefahren. Hier sollte er, nachdem inzwischen der Mord ruchbar geworden war, verhaftet werden. Doch vor dem Eintreffen des Zuges in Gotha sprang er ab und entkam. Streifen in der Umgebung blieben bisher erfolglos.

Enver nach Moskau entkommen. In Berliner Ententekreisen sind wie die B. Z. am Mittag mitteilt, zuverlässige Nachrichten eingetroffen, daß es Enver Pascha nach sechs wiederholten, aber mißglückten Versuchen endlich gelungen ist, aus Deutschland, wo er sich unerkannt und ohne Wissen der Behörden gelegentlich aufgehalten hat, nach Moskau zu kommen. Envers Versuche, in die Hauptstadt der Sowjetrepublik zu gelangen, wo er früher schon gewesen war, und von der aus er die ersten Versuche unternommen hatte, Zentralasien gegen die Engländer zu mobilisieren, klingen wie romanhafte Abenteuer und sind doch wahr. Sie werden erst in einer späteren Zeit erzählt werden können. Soviel aber kann schon heute gesagt werden, daß es Enver mit verblüffender Kaltblütigkeit und Geistesgegenwart fertigbracht hat, den Engländern zu entwischen, die ihm auf der Spur waren, ohne seiner je habhaft werden zu können. Bei einem dieser Versuche war Enver mit einem kleinen Flugzeuge in Danzig, also unter den Augen der englischen Behörden gelandet. Sie erhielten davon aber erst Kenntnis, nachdem Enver wieder aufgeflogen war. Bei einem anderen Versuch wurde Enver in der Nähe von Dünaburg unter dem Verdacht, bolschewistischer Kommissär zu sein, gefangen und in der Nähe von Riga interniert. Endlich kam Enver bei einem dieser Versuche als Austauschgefangener zu Schiff nach Deutschland zurück. Die Berührung der bolschewistischen Armeen mit der deutschen Grenze hat nun vor etwa zwei Wochen Enver Pascha Gelegenheit gegeben — selbstverständlich, ohne daß die deutschen Behörden eine Ahnung davon hatten — die deutsche Grenze zu überschreiten und mit Hilfe der bolschewistischen Truppenkommandeure, denen er sich über seine Person vollkommen ausweisen konnte, nach Moskau zu gelangen, wo er vor etwa drei oder vier Tagen eingetroffen ist.

Letzte Drahtnachrichten

Regierungsbesprechung in Oberschlesien.

Breslau, 26. August. In Gegenwart des preußischen Ministers des Innern, Severing, des Staatssekretärs im Reichsministerium des Innern, Lewald, und eines Vertreters des Auswärtigen Amtes, fand gestern eine Besprechung mit verschiedenen Vertretern der freien und christlichen Gewerkschaften aus Oberschlesien statt. Minister Severing legte in Uebereinstimmung mit dem Vertreter der Reichsregierung dar, daß vor irgend einer gewaltsamen Aktion der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien nicht dringend genug gewarnt werden könnte. Dem Verlangen der oberschlesischen Bevölkerung nach Bewaffnung könne von Seiten der Reichsregierung unter keinen Umständen entsprochen werden. Die Regierung würde sich auch weiterhin streng an den Friedensvertrag von Versailles halten und mit größtem Nachdruck die Wiederherstellung der gesetzlichen Zustände in Oberschlesien durch die Entente fordern.

Autonomie für Oberschlesien verlangt.

Berlin, 26. August. Wie der Voss. Ztg. aus Oberschlesien gemeldet wird, erwartet man dort, daß von der deutschen Regierung in den nächsten Tagen Einladungen zu einer Konferenz zu folgen über die Gewährung der Autonomie für Oberschlesien.

Reichstagsabgeordneter Okansky vom interalliierten Gericht in Oppeln verurteilt.

Oppeln, 26. August. Das interalliierte Gericht verurteilte gestern in Abwesenheit den Reichstagsabgeordneten und verantwortlichen Schriftleiter des sozialdemokratischen Parteiorgans für Oberschlesien Karl Okansky zu 2000 Mark Geldstrafe wegen Aufreizung und Verletzung von Beamten zum Ungehorsam und erließ den Befehl zur zwangsweisen Vorführung. Okansky hatte bereits vor einiger Zeit der interalliierten Kommission unter Berufung auf seine Immunität als Mitglied des Reichstages mitgeteilt, daß er der Ladung des Gerichts nicht Folge leisten würde. Das interalliierte Gericht vertrat dagegen den Standpunkt, daß die Mandate der oberschlesischen Volksvertreter als erloschen anzusehen seien und die Berufung Okanskys damit hinfällig sei.

Die sozialdemokratische Partei für Neutralität.

Berlin, 26. August. Der sozialdemokratische Parteiausschuß, der gestern mit dem Parteivorstand gemeinsam in Berlin tagte, nahm laut Vorwärts in lebhafter Aussprache insbesondere auch zu den Vorgängen in Oberschlesien Stellung. Der Parteivorsitzende Wels kennzeichnete den chauvinistischen Krieg Polens gegen Rußland, warnte aber zugleich davor, den Erklärungen der Staatsmänner Sowjetrußlands unbedingten Glauben zu schenken. Deutschland müsse nach besten Kräften eine vollkommen ehrliche und lojale Neutralität bewahren.

Ein Todesopfer polnischer Mißhandlungen.

Beuthen 26. August. Generaldirektor Radlik von der Charlottengrube in Rybnik, der von einer polnischen Bande schwer mißhandelt worden war, ist seinen Verletzungen erlegen. Seine Frau liegt ebenfalls schwer verletzt darnieder.

Ernste Verdächtigungen gegenüber Deutschland.

Berlin, 26. August. Den vielfachen Veröffentlichungen in der ausländischen Presse über einen angeblichen Geheimvertrag zwischen Deutschland und Rußland reiht sich jetzt auch noch eine der Schweizerischen Depeschenagentur aus Newyork zugegangene Meldung an. Die Version unterscheidet sich von den übrigen insofern, als diesmal die amerikanische Regierung ungemein reichhaltiges Material über Geheimverträge zwischen Rußland und Deutschland von vertraulicher Seite erhalten habe. Es wird allerdings in den Mitteilungen selbst gesagt, daß sich noch keine endgültigen Beweise ergeben haben, daß aber zweifellos Vereinbarungen zwischen Deutschland und Rußland beständen, welche gegen Polen gerichtet seien. Wenn auch die auffallende Diskretion, mit welcher die ausländische Presse die Veröffentlichung vermeidet, als außergewöhnliche Rücksicht empfunden wird, so würde es nunmehr wohl an der Zeit sein, diese gewiß recht schwere Zurückhaltung aufzugeben. Im übrigen weisen wir auf unsere wiederholten Erklärungen hin, daß der behauptete Geheimvertrag tatsächlich nicht existiert.

70- bis 80000 Russen auf deutsches Gebiet übergetreten.

Königsberg, 26. August. Wie wir hören, beträgt die Zahl der über die Reichsgrenze übergetretenen Russen jetzt 50- bis 60 000. Seit gestern Nachmittag 3 Uhr kamen weitere 3 Divisionen herüber, sodaß nach vorsichtiger Schätzung die Zahl sich auf 70- bis 80 000 Mann erhöhen dürfte.

Der polnische Heeresbericht.

Kopenhagen, 26. August. Auf der Nordfront wurden heftige Angriffe gegen unsere Truppen bei Mlawa abgeschlagen. In den letzten Kämpfen wurden die 18. und 32. Sowjetdivision vollständig vernichtet, die 34. Division gefangengenommen. Unsere Kriegsbeute ist enorm. An der Ostfront wurde die 11. Sowjetdivision südlich von Lomscha entscheidend geschlagen und Lomscha genommen. Bjelostok wurde erobert. Auf der Südfront haben unsere Abteilungen den Bug erreicht.

Russische Fortschritte an der Südfront.

Kopenhagen, 26. August. Nach einem Moskauer Funkspruch haben die roten Truppen Galizien und den Fluß Zlota-Lipa erreicht. In der Krim und im Bezirk von Cherson auf dem linken Ufer des Dnjestr sind für die Bolschewisten günstige Kämpfe im Gange.

Unterschlagung bei einer Reichsbanknebenstelle.

Harburg, 26. August. Bei der Reichsbanknebenstelle ist man umfangreichen Unterschlagungen in Höhe von einer halben Million Mark auf die Spur gekommen. Als Täter wurde der 24-jährige Hilfsbeamte Karl Luddge festgestellt. Es gelang der Polizei, ihn in Warnemünde zu verhaften. Ein Teil des Geldes wurde in seinem Besitz gefunden.

Irland verlangt unentwegt vollständige Selbstregierung.

London, 26. August. Die gestern in Dublin abgehaltene irische Friedenskonferenz nahm eine Resolution an, die u. a. besagt: Der Friede in Irland kann nur durch Bewilligung vollständiger nationaler Selbstregierung im Rahmen des britischen Reiches bei völliger Unabhängigkeit der Verwaltung, des Finanz- und Steuerwesens hergestellt werden. Die Konferenz mißbilligt den Gedanken der Ausübung bewaffneten Zwanges gegen das nordöstliche Ulster. Ulster muß freier, vertragsschließender Teil sein. Ferner nahm die Konferenz eine Resolution an, in der die Regierung gebeten wird, im Interesse des Friedens die gegenwärtige Politik aufzugeben und eine Politik des Verzeihens zu befolgen. Es wurde ein ständiger Ausschuß ernannt, der beauftragt ist, die Resolutionen dem Premierminister und dem Kabinett vorzulegen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Fleischverteilung.

In der laufenden Woche werden auf Reichsfleischmarken ausgegeben in sämtlichen Schlachtbezirken

150 Gramm Frischfleisch,
150 Gramm amerikanische Schweinefleischprodukte.

Personen unter sechs Jahren erhalten die Hälfte.

Es kosten ein Pfund Frischfleisch 9,20 ℳ und 125 Gramm amerikanische Schweinefleischprodukte 2,95 ℳ.

Schwarzenberg, am 25. August 1920.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Öffentliche Handelsschule zu Aue.

Die Abteilung für handels- und sozialwissenschaftliche Vorträge und Uebungen beginnt im Winterhalbjahr 1920/21 ihre Vorträge und Uebungen am

11. Oktober 1920.

Doppelte Buchhaltung für Anfänger, Uebungskontor für Teilnehmer mit Vorbildung, Bilanzkunde und Einführung in die Revision der Geschäftsbücher unter Berücksichtigung der Steuern, Kaufmännisches Rechnen, Wechsel- und Scheckkehre, Fremde Sprachen.

Auskunft erteilt der Direktor, welcher Anmeldungen bis 15 September entgegennimmt.

Prof. Schulz, Direktor.

Feinste Tafelmargarine

erste freie Handelsware in vorzüglicher Friedensqualität vers. in Postpaketen à 9 Pfund netto (9 Würfel à 1 Pfd) zu **Mk. 11.50** pro Pfund einschließlich Porto und Verpackung, gegen Nachnahme. Hermann Thiesen, Hamburg 19, Heußweg 98. [illegible]

Streichhölzer,

solange Vorrat reicht, gibt an Händler ab

Eduard Weigelt, Chemnitz, Logenstr. 33.

Der Fall Krische.

Roman von Carl Schüller.

18. Fortsetzung.

„Du fühlst Dich nun kräftiger?" fragte der Graf seine Schwester.

„Jetzt habe ich die Schwächeanwandlung ganz überwunden."

„So wollen wir weitergehen?"

„Was treibt Dich denn fort von hier? Frierst Du?"

„Nein, gar nicht, aber ich fürchte, es wird Dir hier zu kalt werden. Wir könnten ja in das Hotel zurückkehren."

Die alte Dame sah ihren Bruder mit ihren klaren Augen scharf an.

„Guido," sagte sie, „ich hätte gedacht, Du würdest mir etwas sagen, etwas, worauf ich schon lange gewartet habe."

Der Graf wurde verwirrt und betroffen.

„Was meinst Du denn, Schwester?" fragte er unsicher.

„Guido, Du weißt, was ich meine. Unsere Gedanken sind die gleichen!"

„Was für Gedanken?"

„Die Du hattest, als Du heute Morgen den Revolver zu Dir steckteſt."

„Das hast Du gesehen?"

„Ja. Und nicht wahr, Guido, Du nimmst mich doch mit, Du läßt mich doch nicht allein hier zurück?"

Sie schlang ihren Arm um seinen Nacken und blickte ihm zärtlich in das runzlige Gesicht, in dem es wieder zu zucken und zu arbeiten begann.

„Weine doch nicht! Ich bin ja doch ganz gefaßt. Ich will ja doch nichts weiter als mit Dir gehen!"

Da löste er den Arm und sagte: „Nein, Schwester, das tue ich nicht! Das darfst Du nicht verlangen! Laß mich das allein abmachen! Mit mir ist's was anderes. Ich verdiene nicht, weiterzuleben. Ich bin ein schlechter, gemeiner Kerl! Ich habe Dein ganzes Vermögen durchgebracht. Ich habe Dich in das Elend hineingezogen. Nach meinem Tode wird Dir's besser gehen. Ich habe gestern abend an die Ritterschaft geschrieben. Sie werden Dich im Stift aufnehmen, dann bist Du standesgemäß versorgt."

Und er fuhr fort, sich mit Schmähungen zu überhäufen, sich selbst anzuklagen und seine Schwester zu bedauern, die einen Spieler und Prasser zum Bruder habe, der sie an den Bettelstab gebracht habe, so daß sie jetzt im Tiergarten sitzen müsse, um dort verstohlen eine Schnitte Brot zu verzehren.

Und die Schwester widersprach ihm und nannte ihn den besten, aufopferndsten Bruder, wie sie einen so guten gar nimmer verdient habe.

Und der kleine schwarze Hund blickte mit seinen klugen, dunklen Augen die Alten so traurig an, als ob er wirklich ihr ganzes Herzeleid begriffe.

Als der Graf endlich eine Pause in seinen Selbstvorwürfen, in denen sich bittere Reue über sein verfehltes Leben widerspiegelte, eintreten ließ, begann Sabine wieder mit ihren Bitten in ihn zu dringen, sie mit in jene bessere Welt hinüberzunehmen. Und sie bat so eindringlich und schilderte ihm so sehr ihre heiße Sehnsucht nach ewiger Ruhe, daß er schließlich zustimmend zu ihrem Vorschlage nickte, daß sie gemeinsam allem Elend ein Ende machen wollten.

Und als er genickt hatte, da umarmte ihn die alte, weißhaarige Schwester und küßte ihn so stürmisch und so zärtlich, daß er sah, wie sehr es ihr Herzenswunsch war, von ihm nicht allein zurückgelassen zu werden.

Mit keinem Wort hatte sie versucht, ihn von seinem Vorsatze abzubringen, nur mit ihm sterben wollte sie, das war ihr einziger Wunsch.

Mit keinem Worte auch hatten beide das Unerbieten des Buckligen erwähnt. Auf einen solchen Mann ihren Namen übertragen! Nein — lieber sterben! Darüber gab es keine Diskussion bei den letzten Trägern des Namens Dingelbrück-Oesten.

Krische hatte sich in ihnen verrechnet. Er hatte ihnen alles nehmen lassen. Er hatte sie soweit heruntergebracht, daß sie im wahren Sinne des Wortes zu hungern gezwungen waren. Und dies alles, um sie mürbe zu machen, um sie zu zwingen, seinem Wunsche nachzugeben. Aber es gab doch noch Dinge und Menschen, die für ihn und sein Geld nicht käuflich waren.

Sabine hatte damals, als der Graf nach seiner ersten Unterredung mit dem Buckligen ihr das Resultat derselben mitgeteilt und ihr eine Beschreibung Krisches gegeben hatte, gesagt:

„Reden wir nicht mehr davon, Brüderchen!"

Und seitdem war das Projekt, von dem sie sich für kurze Zeit so viel für die künftige Gestaltung ihres Lebens versprochen hatten, für sie begraben gewesen. Kein Wort davon war mehr über ihre Lippen gekommen.

„Wieviel Patronen hast Du in Deinem Revolver?" fragte Sabine.

„Drei!"

„Nun, dann ist ja noch eine überhin!"

„Wollen wir in das Hotel zurückgehen?"

„Wozu? Warum sollten wir es nicht gleich hier abmachen?" entgegnete die alte Dame, „außerdem würden wir der Hotelgesellschaft Unannehmlichkeiten bereiten, wenn wir auf unser Zimmer gingen."

„Das ist wahr."

„Hier gefällt es mir auch ganz gut. Hier, wo wir unsere Henkersmahlzeit eingenommen haben, können wir auch den Schluß machen."

Die kleine Dame sprach so gefaßt von ihrem bevorstehenden Tode, daß der Graf der finster vor sich hinbrütete, die Frage an sie richtete:

„Du freust Dich wohl darauf?"

„Ja, Brüderchen," antwortete sie und schlang zärtlich ihren Arm um ihn, „es war schon seit langem mein Wunsch, ich habe Dir's nur nicht merken lassen."

Nun knöpfte der alte Herr seinen gelben Ueberzieher auf und holte aus einer Innentasche einen kleinen Revolver hervor. Er klappte die Kammer auf. Es waren noch drei Patronen in der Trommel, welche für fünf Schüsse eingerichtet war.

„Die beiden anderen Schüsse hat Hektor bekommen," murmelte der Graf vor sich hin.

„Als Du das alte, treue Tier tot schoßest, habe ich es um die Kugeln beneidet. Schon damals wollte ich Dich bitten, es auch mit mir zu Ende zu bringen. Ich wollte auch nicht auf meine alten Tage noch einmal in fremde Hände kommen."

„Und mit diesen fortwährenden Gedanken an den Tod hast Du stets so vergnügt geplaudert, so daß ich immer glaubte, Du seiest Dir des Ernstes unserer Lage gar nicht bewußt?"

„Ich wollte Dir das Herz nicht unnötig schwer machen. Aber ich wußte ja ganz genau, daß es doch einmal so kommen würde, wie es jetzt kommt. Und darauf freute ich mich, das war mir ein Trost, der mich alles leichter tragen ließ.

„Woher wußtest Du, daß es so kommen würde?"

„Woher, Brüderchen? Das hat mir so geträumt. Es war in der Nacht, als wir bei dem Lehrer Müller im Hause geschlafen haben, der ersten Nacht nach unserem Auszug aus der Stolzenburg. Da träumte mir, wir beide gingen gemeinsam einen Berg hinan. Und der Berg war steil, und der Weg mühsam zu erklimmen. Oft mußten wir uns hinsetzen, um uns auszuruhen, aber immer wieder trieb es uns weiter den steinigen Weg hinan. Und mit uns flog ein Rabe. Ein großer, schwarzer Rabe, der strich mit seinen Fängen so dicht über unsere Köpfe hin, daß ich den Luftzug verspürte, der bei jedem Flügelschlag entstand. Und endlich standen wir auf dem Gipfel des Berges. Aber da sahen wir mit Grauen, daß sich unter uns eine steile Wand hinzog, an der es unmöglich war hinabzuklettern. Schroff fiel der Weg hier ab. Wir konnten nicht weiter. Und unten im Tal lag ein dichter Nebel, der wogte und wallte auf und nieder. Und als wir noch so standen, sieh, da teilte sich plötzlich der Nebel, und weit ab von uns, unten im Tale, lag eine wundervolle Landschaft in hellem Sonnenglanz.

So etwas Schönes hatten wir noch nicht gesehen.

Städte und Dörfer, Flüsse und Seen lagen da vor uns ausgebreitet, und fruchtbare Felder und weite Waldungen. Und auf schattigen Wegen sahen wir glückliche Menschen paarweise auf- und abwandeln.

Da sagte ich ganz laut:

„Ach, wenn wir doch drüben sein könnten in dem Lande der Glücklichen!"

Da flog der Rabe dicht über unseren Häuptern hin und rief: „Springt in den Abgrund vor Euch! Habt Mut! Dann werden Eure Seelen wie Vöglein dort hinüberflattern und Ihr werdet glücklich sein, wie die dort drüben."

(Fortsetzung folgt.)

Apollo-Lichtspiele Aue
Bahnhofstr. ALA Fernruf 768

Heute u. folgende Tage. Donnerstag-Sonntag.
Der Riesen-Prunkfilm
Veritas Vincit
(Die Wahrheit siegt).
Humoristischer Teil:
„Ganz der Großpapa".
Lustspiel in 3 Akten.
Aktueller Wochenbericht. Neueste Ereignisse aus aller Welt.
Die Vorführung dieses Programms dauert zirka 3 Stunden. Die Vorstellungen beginnen deshalb täglich erstmalig um 5—8, zweiter Einlaß um 8—11 Uhr.
Während der Vorführung kein Einlaß!
Im Interesse des Publikums ersuchen wir höflichst, die Anfangszeiten zu beachten.

Sonntag, den 29. Aug. 1920 des Westerzgeb. **Hauptversammlg.** Verbandes in Springer's Gasthof in **Oberplanitz.**
3/4 8 Uhr Wettschreiben. 9 Uhr Hauptversammlung. Abfahrt 8⁰⁰ früh bis Zainsdorf. Um zahlreiche Beteiligung bittet Gesamtvorstand, Freund, Vors.

Musterungspflichtige
d. e. Oestr.-Ung. Monarchie (Jahrg. 1898-1900) Freitag abend 8 Uhr im Restaurant Brauerei betr. Aussprache Versammlung.
Mehrere Stellungspflichtige.

Prima Speise-Kartoffeln,
ausfuhrfreie Ware, sofort lieferbar, gibt in Ladungen zu 100, 200 und 300 Zentner-Beladungen äußerst billig ab
Ernst Landmann, Kartoffel-Großhandlung, Kirchberg, Sa. Fernr. 46.

Kommen! Sehen! Staunen!
Wo ist der Treffpunkt aller Jahrm.-Besucher zum Auer Jahrmarkt ?

Gepreßter Blättertabak
eingetroffen, Pfund Mark 30.—.
Zigarren 70, 80, 90, 100 Pfg.
Echt englische Zigaretten
Chesterfield, United States, Wills Goldflack, Piedmond 50 und 60 Pfg.,
Deutsche Zigaretten mit Gold von 50 Pfg. an, echt amerik. goldgelber Schägtabak 100 g 6.—, amerik. Zigarettentabak Pfd. 7.—, Mohrentabak Pfd. 6.—.
Zigarren- und Zigarettenhaus
Hermann Lüngen, Aue
i. Erzgeb., Bahnhofstraße 27 a.

Kieler Bücklinge,
das Pfund Mk. 7.—, 1/4 Pfund Mk. 2.—.
1/2-Pfund-Tafel amerikanische Schokolade
von heute ab nur noch Mark 11.—.
Ebenfalls empfehle ich jeden Freitag u. Sonnabend von 4 Uhr ab warme Delikateß-Brühwürstchen.
Auer Genußmittelhalle
Franziska Müller.

Gebisse, Platin, Zähne, Brennstifte, Gold- und Silbersachen aller Art, Münzen, Medaillen, Uhren kauft
stets zu höchsten Preisen
Herm. Harthaler, Goldschmied, Chemnitz,
Dresdner Straße 10, 2 Treppen, gegenüber der höheren Knabenschule, 8 Minuten vom Hauptbahnhof.
Postsendungen werden reell und schnellstens erledigt.

Unter Höchstpreis verkaufen
150 kg neu. Bleirohr l. Bund. 30 mm Durchm. Wandst. 3 mm
150 „ „ „ „ 28 „ „ 3 „
zu 750.— Mk. per 100 kg (Höchstpreis 800.— Mk.)
Thürmer & Neumann, Thalheim i. Erzg.
Fernspr. 92, Amt Meinersdorf.

Damen-Schnürstiefel,
Stoffeinsatz, Leder-Ringsbesatz, nur 85 Mark.
Schädlichs Schuhwarenhaus.

Kopfhaarwässer
in großer Auswahl empfiehlt preiswert
Stern & Gauger
Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue
Wettinerstr. 48 am Wettinplatz

Geld darlehn, Betriebskapital erhält rechtschaff. solid. Leute u. Firmen schnell u. diskr. in jeder Höhe v. Geldtätigeb. d. **Riebel, Chemnitz,** Augustusburger Straße 19.

Gummiwaren
Mutterspritzen, Frauentropfen, sanitäre **Frauenartikel**
Anfragen erb. Diskr. Versand. **W. Heusinger,** Dresden 108, am See 87.

Für die neu einzurichtende
Wäscherei und Plätterei
einer bedeutenden Herrenwäschefabrik wird ein geeigneter
unverheirat. Herr
gesucht, welcher in der Lage ist, diese Abteilung einzurichten und selbständig zu leiten.
Betreffender muß das Personal selbst praktisch anlernen können.
Bewerbungsgesuche unter S. 3740 an Ala-Haasenstein & Vogler, Chemnitz erbeten.

100000
Dosen amerikanisch. Würstchen
(Vienna Style Sausage)
garant. rein Kalb- und Schweinefleisch, Inhalt 13—14 Stück, — Gewicht: netto 1 engl. Pfund
nur an Delikateß- u. Lebensmittelgeschäfte
Probekiste Inhalt 48 Dosen per Dose Mk. 7.60 gegen Eilgut Nachnahme ab Berlin
Ozutzka & Co., G. m. b. H.,
Berlin SW. 68, Zimmerstr. 19.

Wir suchen zu baldigem Eintritt für unsere Abteilungen
Bestecksabrik u. Hohlwarenfabrik
je einen Fachkundigen, mit modernen Arbeitsmethoden des Großbetriebes vertrauten
Ingenieur als Betriebs-Assistenten.
Ausführl. Bewerbungen mit Lichtbild, Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Antrittstermin an die
Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp A.-G., Berndorf, Nied.-Oesterr.

Tüchtiger
Stahl-Graveur
findet sofort dauernde Beschäftigung. Angebote unter A. T. 6120 an das Auer Tageblatt erbeten.

Provisions-Vertreter gesucht,
welcher Stadt- und Landkundschaft bereist. Für Qualitäts-Back- und Puddingpulver, Gewürze, Ei-Konserven usw.
Alwin Stehr, Hamburg 25.

Fräulein empfiehlt sich als Hausschneiderin! Angebote unter „A. T. 6119" an das Auer Tageblatt erb.

S.-Ueberzieher und Anzug
für große Person zu verkaufen. Eisenbahnstraße 1, II.

Feuer-,
Einbruch-, Diebstahl-, Haftpflicht-, Unfall-, Glas- usw.-Versicherungs-Anträge verm.
Paul Eibisch
Schneeberg, Seminarstr. 32.

2 möbl. Zimmer
in schöner Lage, Wohn- und Schlafzimmer mit 2 Betten, sofort zu vermieten.
Zu erfr. im Auer Tageblatt.